

Untersteller: vorgetäuschte Prüfungen

Umweltministerium untersagt EnBW Betrieb des Atomkraftwerks in Philippsburg

Philippsburg/Stuttgart (kam). Der Vorwurf ist gewaltig: „Meines Wissens ist es das erste Mal, dass eine vorgeschriebene Prüfung in einem deutschen Kernkraftwerk offenbar bewusst vorgetäuscht wurde.“ Mit deutlichen Worten fordert der baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) vom Betreiber des Atomkraftwerks in Philippsburg, der EnBW mit Sitz in Karlsruhe, Klärung beim Sicherheitsmanagement. Wegen „schwer wiegender Verfehlungen“ dürfe der Reaktor, der derzeit in der turnusmäßigen Revision ist, vorerst nicht wieder angefahren werden.

Als zuständige Aufsichtsbehörde reagiert das Stuttgarter Umweltministerium auf Unregelmäßigkeiten bei sogenannten wiederkehrenden Prüfungen an Messeinrichtungen des Strahlenschutzes im Atommeiler Philippsburg 2. Demnach sei nach Untersu-

chungen zu einem meldepflichtigen Ereignis in der Anlage eine solche Prüfung an einem Störfallmonitor zwar in einem Prüfprotokoll dokumentiert, tatsächlich aber nicht durchgeführt worden. Bei einer wiederkehrenden Prüfung handelt

es sich um eine Kontrolle von Systemen und Einrichtungen eines Atommeilers nach einem festgelegten Zeitplan und Prüfprogramm. Nachforschungen hätten sieben weitere Fälle einer vorgetäuschten Prüfung ergeben, teilte das Ministerium mit. Sicherheitsrelevante Auswirkungen hätten diese aber nicht gehabt.

Seit dem Jahr 2015 seien rund 450 solcher wiederkehrender Prüfungen an 138 Einrichtungen der Strahlentechnik untersucht worden, erläuterte Untersteller. Nach EnBW-Angaben von gestern Abend habe ein Mitarbeiter eines externen Dienstleisters die Prüfungen „offenbar nur vorgetäuscht“. Der Betreiber habe den Vorfall selbst aufgedeckt und dem Ministerium gemeldet. Rechtliche Schritte gegen den Mitarbeiter würden geprüft. Block 1 in Philippsburg ist bereits abgeschaltet. Block 2 soll noch bis zum Jahr 2019 in Betrieb bleiben.



KLÄRUNGSBEDARF beim Sicherheitsmanagement im Atommeiler Philippsburg sieht das Umweltministerium. Foto: Deck (Archiv)